

Postgewerkschaft

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) gehört zwar zum DGB, ist aber keine Industriegewerkschaft wie IG Metall oder IG Chemie. Die DPG ist eine auf ein Unternehmen beschränkte Hausgewerkschaft. Die Unternehmensführung und die Gewerkschaftsführung arbeiten eng zusammen. Aus dem Postministerium geht kein wichtiger Erlaß in Personalangelegenheiten heraus, der nicht zuvor mit der Gewerkschaftsführung besprochen wurde. Der Wechsel von »Führungskräften« der Gewerkschaft in die Unternehmensleitung und umgekehrt geht nicht erst seit der SPD/FDP-Regierung problemlos von statten.

Die Mehrheit der Organisierten sind Beamte, die auch fast ausschließlich den Funktionärskörper stellen, wobei häufig untere und mittlere Führungskräfte auch die örtliche Gewerkschaftsführung stellen.

Die Postgewerkschaft schließt zwar mit dem Postminister Tarifverträge ab, aber in Wahrheit sind das weitgehend dieselben Tarifverträge, die zuvor zwischen der ÖTV und dem Innenminister ausgehandelt wurden. Dadurch also, daß das Postpersonal zum öffentlichen Dienst gehört und die öffentlichen Arbeitgeber, unabhängig von ihrer jeweiligen Parteizugehörigkeit, nur gemeinsam handeln, wenn es gegen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten geht, steht die sogenannte Tarifautonomie der Postgewerkschaft noch mehr als die anderer Gewerkschaften nur auf dem Papier.

Die Politik der DPG ist also seit eh und je darauf beschränkt zu versuchen, auf die Personalentscheidungen der Unternehmensleitung Einfluß zu nehmen, damit auf allen Ebenen, vom Hauptvorstand bis zur Amtsgruppe, vom Postministerium bis zum Postamt, der Kollege Gewerkschaftsfunktionär mit dem »Kollegen« Chef dessen Entscheidungen diskutieren und im Sinne der Kollegen beeinflussen kann.

Auf diese Weise etwas für die Kollegen rauszuholen, war früher möglich, wurde und wird aber im Laufe der letzten 10 Jahre immer schwieriger und ist heute fast unmöglich. Dies zeigt nicht nur die Entwicklung dieser Auseinandersetzung um den Schichtdienst, sondern ist auch die vielerorts gemachte Erfahrung der örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre und Personalräte.

Die langjährigen positiven Erfahrungen aber mit dieser Politik haben entscheidenden Einfluß auf das Bewußtsein der Kollegen: Man ist als Postler in der DPG genauso wie man in der Krankenkasse ist. Man zahlt seinen Beitrag, wählt Vorstände und Personalräte, damit diese etwas herausholen.

In den letzten Jahren sind aber Veränderungen spürbar. Mit dem Einsetzen der verstärkten Rationalisierung im Post- und Fernmeldewesen, mit der Steigerung der Arbeitshetze, die mit den alten Rezepten offensichtlich nicht zu verhindern waren, haben die Kolleginnen und Kollegen ihrem Unmut häufiger dadurch Luft gemacht, daß sie bei den fälligen Neuwahlen so z. B. 1974 in allen Gewerkschaftsgremien häufiger als sonst Personen austauschten, ja sogar als »Linke« bezeichnete Kollegen wählten. Diese Entwicklung wurde aber auch dadurch begünstigt, daß viele der alten Gewerkschaftsfunktionäre, die z. T. seit Kriegsende dabei waren, aus Altersgründen ausschieden. Die sozialdemokratische Rechte auf betrieblicher Ebene war nicht organisiert, die übrigen Mitglieder des »Versicherungsvereins« sahen keine Notwendigkeit, Freiheit zu opfern, und so stießen die Linken häufig in ein Vakuum hinein.

Dem mußte die Gewerkschaftsführung Rechnung tragen. Sie versuchte, die Unwirksamkeit, aber gleichzeitig das Beibehalten der alten Politik zunächst dadurch zu verschleiern, daß sie radikale Sprüche machte und die neuen Funktionäre damit beschäftigte, ein neues Grundsatzprogramm zu diskutieren. Heraus kam dabei ein vergleichsweise fortschrittliches Programm, das zum damaligen Zeitpunkt wohl von der Masse der Mitglieder abgelehnt worden wäre, wenn sie es gelesen hätten.

Durch das weiterhin rigorose Vorgehen der Unternehmensleitung gegen die Kollegen verlor und verliert die DPG-Führung zunehmend an Ansehen bei den Mitgliedern, ohne daß diese selbst in das Geschehen eingreifen. Das bedeutet, daß die Gewerkschaftsführung auch von der Unternehmensleitung als Verhandlungspartner weniger als vorher für voll genommen wird.

Ablauf der Auseinandersetzung um den Schichtdienst

Dieser Entwicklung gegenzusteuern wird in einigen Bezirken, speziell in Hessen, dadurch versucht, daß verstärkt mit erheblichen finanziellen Aufwendungen Schulungsarbeit betrieben wird, um die Mitglieder, vor allem aber die Funktionäre, wieder besser in den Griff zu bekommen.

Auf der anderen Seite besorgt die Gewerkschaftsführung das Geschäft der Unternehmensleitung. So wurde beispielsweise die uralte gewerkschaftliche Forderung nach Abschaffung des Schichtdienstes wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen, als mit der Firma UPS ein privater Konkurrent bei der Paketbeförderung auftauchte. Die Kollegen wurden von der Gewerkschaftsführung aufgefordert, durch harte Arbeit der Post die Marktanteile zurückzuerobern. Als Motiv für diese Handlungsweise wird erklärt, daß ein Arbeitsplatz bei der Post besser sei als der bei anderen Unternehmen.

Im Grunde genommen begann diese Auseinandersetzung 1953. Damals wurde nämlich mit einem Tarifvertrag die 1 1/2fache Anrechnung von Nachtarbeitsstunden **abgeschafft**. Als Ausgleich erhielten die Postler eine Zulage von 0,50 DM die Stunde für Nachtarbeit. Das war damals ein recht respektable Betrag. Diese Zulage wurde bis heute aber nur langsam und unwesentlich erhöht. Ende der 60er Jahre betrug sie 0,65 DM, heute sind es 0,75 DM.

Als Begründung für das Quasi-Einfrieren dieser Zulage wurde gesagt, daß es Ziel sei, die Schichtarbeit abzuschaffen, und erhöhte Zulagen die Schichtarbeit so lohnend machen würden, daß die Schichtarbeiter selbst gegen die Abschaffung auftreten würden.

Bis auf gelegentliche Rängeleien in Funktionärskreisen um diese Zulage war es aber um die Schichtarbeit ruhig geworden, ja es gelang sogar, den Anteil der Schichtarbeit zu senken, was beim Auftauchen privater Konkurrenz mit Billigung der Gewerkschaftsführung aber wieder zurückgenommen wurde.

Inhaltsverzeichnis

Der Arbeitskampf bei der Post	1
Kritische Anmerkungen zu Tarnows Referat	6
Kommentar zum irakisch-iranischen Krieg	9
Die Etappen des Kampfes bei Lip	12
Zur Diskussion über . . .	
Die weltpolitische Entwicklung (Kritik an der Arpo 5/80)	15
Eine Erwiderung daraufhin	17
Arbeiterkorrespondenzen	
Kölner SPD-Druckerei geschlossen	21
Betriebsbesetzung bei den Enka-Werken, Kassel	23
Betriebsbesetzung bei den Pongs-Werken, Aachen	24
Rekrutenvereidigung in Bonn	25
Solidarität mit der »Solidarität«	27

Dieser Ausgabe liegt eine achtseitige **Bellage zum Streik der Reichsbahnarbeiter in West-Berlin** bei. Sie war als Vorabdruck einer nicht mehr fertig gewordenen Arpo 9/80 im November 1980 in West-Berlin verteilt worden.

In der Arpo 8/1980 ist uns auf Seite 4 in der linken Spalte ein sinnentstellender Fehler unterlaufen. Richtig heißt es: Der Anteil der Arbeiterklasse lag »1946 noch bei knapp 10 %«.

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Günter Kuhlmann · Herstellung und Vertrieb:
GfSA · Gesellschaft zur Förderung des Studiums
der Arbeiterbewegung e.V.
Postfach 1502 47 · 2800 Bremen 15

In der 2. Hälfte der 70er Jahre mußte die DPG-Führung wie alle anderen Gewerkschaften die Erfahrung machen, daß die miesen Lohnabschlüsse den Mitgliedern kaum noch zu verkaufen waren. Andererseits merkten die Kollegen, nicht zuletzt an den Arbeitslosenzahlen, daß die Erfolge der Rationalisierung ausschließlich dem Unternehmer zugute kamen. Im ganzen DGB entstand damals das Schlagwort von den »qualitativen Forderungen«, die die »quantitativen Forderungen« ablösen sollten. D. h., daß die Gewerkschaftsführungen den Mitgliedern weismachten, daß es möglich sei, anstelle von nicht mehr durchsetzbaren Lohnprozenten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bei den Unternehmern herauszuholen. Dies geschah wohl in der Hoffnung, daß es eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der permanenten Krisensituation für die Unternehmer nicht so kostspielig, weil meist auf einzelne Gruppen beschränkt, also damit leichter durchsetzbar sei. Diese Argumentation fiel bei einigen Kollegen, speziell bei besser verdienenden, auf fruchtbaren Boden.

In diesem Zusammenhang wird seit 1977 von der Gewerkschaftsführung die Forderung einiger großer Betriebsämter nach 11/2facher Anrechnung des Schichtdienstes aufgegriffen und teilweise recht mühsam in der breiten Mitgliedschaft problematisiert. Gleichzeitig wurden mit den »Kollegen« in der Unternehmensleitung Postministerium erste Gespräche geführt. Das Ministerium stellte im Laufe der Zeit selbst die negativen Auswirkungen der Schichtarbeit fest, und im Februar 1979 sagte der Postminister Gscheidle eine positive Lösung des Problems zu.

Die DPG-Führung versuchte durch Unterstützung und durch Anordnen spontaner Aktionen einzelner Belegschaften, wie Unterschriftensammlung, Beschlüssen von MVs usw., dem Postminister ein Alibi für einen Alleingang in der Schichtdienstfrage zu verschaffen. Allerdings bekam die Gewerkschaftsführung langsam aber auch Druck von unten, nicht direkt durch die Betroffenen, aber durch die örtlichen Funktionäre.

Auf einer bundesweiten Personalrätekonferenz im Herbst 1979 wurde der Antrag gestellt, daß alle gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen seien, um akzeptable Regelungen im Schichtdienst zu erreichen. Ein Redner sprach gegen diesen Antrag, dabei wurden Unmutsäußerungen laut. Diesem Redner kam dann der DPG-Vorsitzende Ernst Breit zu Hilfe. Er sprach einige Zeit gegen diesen Antrag, und als der Unmut darauf immer lauter wurde, schloß er mit der Empfehlung, diesem Antrag zuzustimmen. Der Empfehlung wurde gefolgt.

Der Grund für dieses Verhalten der Konferenz liegt darin, daß mit dem Verdrängungskampf, den die Post gegen UPS und andere private Paketbeförderer führt, die Schichtpläne immer unmenschlicher wurden und die örtlichen Personalräte, die diesen Schichtplänen zustimmen mußten, immer größere Schwierigkeiten bekamen, ihre Zustimmung den Kollegen zu erklären.

Im Dezember 1979 unterbreitete der Postminister eine Analyse des Problems dem für die Regelung des gesamten öffentlichen Dienstes zuständigen Bundesinnenminister. Offensichtlich hat daraufhin der Verband der »öffentlichen Arbeitgeber«, unterstützt oder aufgefordert durch die anderen Unternehmerverbände, seinem Mitglied Post ein Ausscheren in dieser Frage untersagt, denn in den Verhandlungsrunden über den Manteltarifvertrag von Mai und Juni 1980 wird der Postgewerkschaft kein Angebot vorgelegt. Die Situation ist

vergleichbar mit der im Brauereigewerbe, wo die Unternehmer aufgrund ihrer günstigen Ertragslage bereit waren, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen, dann aber von den Unternehmerverbänden zurückgepiffen wurden.

Die DPG-Führung mußte also Ende Juni 1980 den Manteltarif kündigen, wenn sie nach dem Wind, den sie vorher gemacht hatte, nicht dumm vor ihren Mitgliedern dastehen wollte. Als Forderung wurde aufgestellt: 11/2fache Anrechnung von Nachtarbeit, Wechselschichtarbeit und Wochenendarbeit.

Im September 1980 wird erstmals ein Angebot vorgelegt, und Ende Oktober, nach einigen spontanen und »spontanen« Warnstreiks, geringfügig verbessert: »Arbeitnehmer, die in wechselnden Dienstschriften von erheblich unterschiedlicher Lage (nähere Definition vorbehalten) regelmäßig in einer Schichtfolge eingesetzt sind, erhalten im Kalenderjahr

- 3 Freischichten, wenn sie mindestens 720 Nachtarbeitstunden
- 2 Freischichten, wenn sie mindestens 480 Nachtarbeitstunden
- 1 Freischicht, wenn sie mindestens 240 Nachtarbeitstunden

in Schichten geleistet haben, die nach 22 Uhrenden und vor 4 Uhr beginnen.

Als Nachtarbeit zählt die Zeit zwischen 21 und 6 Uhr.«

Die Annahme dieses Angebotes hätte bedeutet, daß nur ca. 50.000 Schichtdienstler bei der Post, also 1 von 4, in den Genuß einer Freizeitregelung gekommen wäre. In Prozenten ausgedrückt stand der Forderung nach 150%iger Anrechnung des Nacht- und Feiertagsdienstes ein Angebot von 103% nur für den Nachtdienst entgegen, das nicht einmal für alle Betroffenen gelten sollte.

Der Verlauf des Arbeitskampfes

92% der Kollegen sprachen sich in der Urabstimmung am 17./18. Nov. 1980 für Kampfmaßnahmen aus. Von diesen Kollegen arbeitet nur ein kleiner Teil im Schicht- bzw. Nachtdienst, nämlich die, die in großen Postämtern bzw. im Fernmeldebereich in Dienststellen wie Auskunft, Auslands-handvermittlung u.ä. tätig sind. Die DPG hatte einen »Stufenplan« beschlossen, der eine langsame Ausweitung der Kampfmaßnahmen vorsah. Am Anfang wurde nur in wenigen Ämtern die Arbeit niedergelegt. Für den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung wurde eine schrittweise Ausweitung geplant. Dieser Plan wurde in seinen Einzelheiten vor den Betroffenen geheimgehalten. Selbst die Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände in den Ämtern wurden über Zeitpunkte nicht informiert. Damit wollte man — so wurde gesagt — die frühzeitige Organisation des Einsatzes von Beamten bzw. die Weitergabe von Transportleistungen an private Spediteure verhindern bzw. einschränken. Das scheint in den einzelnen Bezirken unterschiedlich gut gelungen zu sein. Besonders in Norddeutschland ist durch den Einsatz von Beamten verhindert worden, daß der Postverkehr hat zusammenbrechen können. (Vergleiche »Der Streik in Hamburg«) Das Verhalten der Beamten war sehr unterschiedlich und reichte von eifrigem Arbeitseinsatz, bei dem in Einzelfällen sogar der private PKW benutzt wurde, bis hin zu solidarischem Verhalten, indem man übertragene Aufgaben nur nach schriftlicher Aufforderung übernahm und auch dann keine allzu große Arbeitsintensität zeigte. Unsere Kenntnisse reichen nicht aus, um das Verhalten der Beamten bei der Post in der einen oder anderen Richtung verallgemeinern zu können. In Darmstadt z. B. hat sich die Mehrheit der Beamten sehr solidarisch verhalten. In München sollen gehobene Postbeamte, die zum Paketsortieren abkommandiert wurden, überhaupt erst dadurch mitbekommen haben, um was es den streikenden Kollegen ging und dann Verständnis für die Streikenden kundgetan haben. (Da die DPG die Beamten aus rechtlichen Gründen am Streik nicht beteiligte, wäre das Risiko für einzelne Kollegen, sich zu beteiligen, relativ groß gewesen.)

Im hessischen Raum und speziell in den Frankfurter Ämtern wurde der Verkehr vollständig zum Erliegen gebracht. Dabei spielte eine Rolle, daß es möglich war zu verhindern, daß Post angeliefert bzw. abgefahren werden konnte. Zum Teil benutzten die Streikposten zu diesem Zweck auch in den Einfahrten quergestellte Fahrzeuge.

Die Abonnenten der Informationsbriefe »Arbeiterpolitik« haben 1980 acht Ausgaben (statt der geplanten sechs) für 15,- DM erhalten. Damit wir unsere laufenden Kosten trotz mehr »Arbeiterpolitik« pro Jahr decken können, bitten wir die Leser, gleich jetzt den neuen Abonnementspreis von 20,-DM für 1981 auf das Konto der:

**GFSA e. V., Postscheck Hamburg
(BLZ 200 100 20) Konto-Nr. 4100 77-205**

auf anliegender Zahlkarte zu überweisen. Allen Lesern, die die Gruppe »Arbeiterpolitik« politisch und materiell mit Beiträgen, Spenden und Zuschriften unterstützt haben, sprechen wir unseren Dank aus.

Die Redaktion

Versuche, Verkehrsströme umzuleiten, schlugen deshalb fehl, weil die Kollegen in anderen Ämtern ihren Vorgesetzten klarmachten, daß auch sie die Arbeit vollständig niederlegen würden, wenn man versuchen sollte, sie einen Teil der Arbeit der streikenden Kollegen übernehmen zu lassen. Es kam z. B. dazu, daß LKW-Fahrer, die merkten, daß sie Streikbrecherfahrten durchführen sollten, ihren LKW abschlossen und sich am Streik beteiligten. Gegenteilige Beispiele sind jedoch auch zu nennen, bei denen sich Kollegen freiwillig bereit erklärten, Aufgaben streikender Kollegen zu übernehmen, obwohl man sie nicht dazu hätte zwingen können. Die Post der Rechenzentren (hauptsächlich Unterlagen für die Fernmelde-rechnungen) wurden z. B. in den meisten Fällen von Kollegen, die sich ein paar Mark Auslöse verdienen wollten, quer durch die BRD transportiert.

Neben dem Aspekt der Unterbindung der Produktion, wobei man auch hier darauf verweisen muß, daß trotz einer Streikdauer von 6 Tagen wegen Feiertag und Wochenende nur an 2 Arbeitstagen der Privatwirtschaft gestreikt wurde, muß man auch beachten, wie der Streik von den Kollegen geführt wurde.

Der größte Teil der aufgeforderten Kollegen beteiligte sich am Streik und viele sind neu in die Gewerkschaft eingetreten. Für die meisten Kollegen bedeutete Beteiligung aber nur, daß sie ihrem Arbeitsplatz fernblieben und sich im Streiklokal einen Stempel abholten, es bedeutete nicht, daß sie sich aktiv beteiligten und sich z. B. für die Verteilung von Flugblättern oder als Streikposten zur Verfügung stellten. Ein einzelner Streikposten vor einem Amt mit 2000 Beschäftigten war keine Seltenheit. Unmittelbar vor dem Abschluß gab es Arbeitsgruppen, die befürchten mußten, daß sie noch nicht einmal mehr in der Lage sein würden, einen Streikposten rund um die Uhr vor dem Amt aufzustellen. Es kam zu Hilferufen quer durch die BRD, bei denen um die Abstellung von Streikposten gebeten wurde.

Einen großen Teil der Verantwortung für diese Schwierigkeiten trägt die Organisation selbst, da man die beamteten Funktionäre auf unterster Ebene aus der Streikvorbereitung und -durchführung heraushielt und man nur in ganz wenigen Ausnahmefällen Streikversammlungen durchführte. In den meisten Orten fand keine einzige Versammlung statt. Wie groß jedoch auch in diesem Zusammenhang die fehlende Kampferfahrung war, zeigt das Verhalten der Kollegen, nachdem die Verhandlungskommission ein Verhandlungser-

gebnis erzielt hatte. Noch bevor die Zustimmung des Hauptvorstandes vorlag, nahmen die Kollegen, obwohl sie unzufrieden waren, das Ergebnis hin. In vielen Ämtern erschieden die Streikposten nicht mehr. Spätestens zu diesem Zeitpunkt brach der Streik zusammen. Noch vor der 2. Urabstimmung wurde auf Anordnung des Hauptvorstandes die Arbeit wieder aufgenommen. Es wurden Überstunden geschoben, um die Rückstände aufzuarbeiten.

Nur in der Urabstimmung selbst zeigten die Kollegen noch einmal ihre Unzufriedenheit. Insgesamt stimmten nur rund 52% der abstimmenden Kollegen dem Abschluß zu, wobei sich viele an der Abstimmung nicht mehr beteiligten. In den großen Ämtern, die hauptsächlich von Schichtarbeit betroffen sind, wurden meist zwischen 75% und 95% Nein-Stimmen abgegeben.

Was sind die Ergebnisse des Streiks?

Zusammengefaßt heißt der Abschluß: Der Unternehmer hat sein Angebot von 103% auf rund 107% erhöht, für einen erweiterten, aber immer noch eingeschränkten Personenkreis. 50% aller Schichtdienstler, allerdings die meisten Nachtdienstler, kommen jetzt in den Genuß einer Freizeitregelung. Teilzeitkräfte sind anteilig eingeschlossen.

Einem Vergleich mit den Forderungen hält das Ergebnis allerdings nicht stand:

- 107%ige Anrechnung von Nachtdienststunden gegenüber den geforderten 150%;
- Nichtberücksichtigung von Sonn- und Feiertagsschichten;
- Nichtberücksichtigung von Wechseldienst ohne Nachtschichten;
- Festschreibung des miesen Ergebnisses bis 1984;
- Keine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, sondern Freischichten.

Obwohl keiner der Kollegen mit der Durchsetzung aller Forderungen rechnete, fühlten die meisten sich doch verschaukelt, sie gingen davon aus, daß eine 120%ige Anrechnung herauskommen könnte.

Was macht dieses Ergebnis deutlich?

Die Parallelen des Poststreiks mit den Auseinandersetzungen in der Stahlindustrie und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe weisen unmißverständlich darauf hin, daß der Tabukatalog der Arbeitgeberverbände auch für den öffentli-

Der Streik im Hamburg

Am Donnerstag, dem 21. 11. 1980 wurden in Hamburg die Postämter 2 und 3 bestreikt. Alle Arbeiter und Angestellten der Frühschicht wurden von Streikposten empfangen und ins Gewerkschaftshaus (Streiklokal) geschickt. Dort holten sie ihre Streikausweise mit Stempel ab und wurden nach Hause geschickt.

Die Beamten wurden hineingelassen. Merkwürdigerweise hatten sie alle weiße Ausweise, die sie berechtigten, ins Postamt zu gehen. Diese Ausweise wurden schon am Montag ans Personal ausgegeben. Die Arbeitskämpfhelfer wußten allerdings Mittwoch noch nicht, welche Ämter bestreikt werden. Es ist schon makaber, wenn die oberen Dienststellen der Post Bescheid wissen, wir als Betroffene aber nicht.

Später kamen dann Beamte der Oberpostdirektion, die zwangsverpflichtet waren. Als Streikposten tat es einem in der Seele weh, wenn man die Beamten reinlassen mußte. Darum griff der Streik auch erst am Freitag richtig, da ja immer noch zum Teil gearbeitet wurde.

Am Freitag wollte die Oberpostdirektion sogar Auszubildende einsetzen. Daraufhin wurden im PA 3 auch keine Beamten zur Spätschicht mehr hineingelassen. Die Kollegen freuten sich. Der Einsatz von Auszubildenden wurde dann schnell zurückgezogen, aber danach durften die Beamten auch wieder rein.

Am Freitagabend gab es eine Solidaritätsveranstaltung. Und siehe da, unser Bezirksvorsitzender Mendel, der sich vor wenigen Wochen noch so äußerte, daß es keinen Streik geben würde und sich auch praktisch nach seinen Worten verhielt, tönte vom Beamtenstreik. Wortradikal ließ er verlauten, daß im

PA 2 (Paketpostamt) nichts mehr lief und die wenigen Beamten die Arbeit nicht schaffen würden. Die Wirklichkeit sah anders aus. Im PA 2 wurde zur gleichen Zeit noch gearbeitet. Am Freitagmorgen waren noch über 60 Paketzustellwagen rausgefahren. Kolleginnen und Kollegen waren auf dieser Veranstaltung sehr sauer, weil der Streik nicht ausgedehnt wurde und am Morgen immer noch Post auf die Zustellämter gegangen war.

Es fanden auch keine Streikversammlungen statt bzw. Informationsveranstaltungen für Vertrauensleute nicht bestreikter Ämter. Man mußte wieder einmal alles aus der Presse erfahren.

Am Sonntag kam dann schnell das »Aus«. In Frankfurt beim Hauptvorstand gab es zahlreiche Proteste, ganze Ortsverwaltungen drohten mit Austritt. Davon ließ sich der Hauptvorstand allerdings nicht erweichen. Er stimmte nach stundenlanger Debatte dem Angebot mit 32 gegen 8 Stimmen zu. Hier muß man sich im nachhinein wirklich fragen, warum hier in einem 4tägigen Streik 10 Millionen und der Rest an Energie und Bereitschaft der Mitglieder verpulvert wurden.

Die Reaktionen der Kollegen waren sehr unterschiedlich. Wut, Resignation, Austrittsdrohungen, bis hin zu dem Punkt »Wir brauchen eine Solidarität«.

Schenkt man der »Welt« vom 1. 12. 1980 Glauben, dann wurden bei der 2. Urabstimmung nur 13.000 Stimmen gewertet (130.000 Abstimmungsberechtigte). In Hamburg haben Ämter bis zu 65% gegen diesen Abschluß gestimmt. Mir ist nicht klar, wo der Hauptvorstand die 51,4% für Annahme hernimmt und Einzelergebnisse werden geheimgehalten. Es wäre eine interessante Aufgabe, sie einmal bundesweit zusammenzutragen.

chen Dienst gilt. Die Post als Gewinne machender Staatsbetrieb unter sozialdemokratischer Leitung wäre ökonomisch und nach Einschätzung vieler sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre auch politisch durchaus in der Lage gewesen, eine spürbare Verkürzung der Wochenarbeitszeit für Schichtarbeiter einzuführen. Offensichtlich stieß auch zu Anfang der Diskussionen die Gewerkschaftsführung mit ihren Forderungen im Postministerium nicht auf allzu großen Widerstand. Als von der Gewerkschaftsführung damals eine baldige Verbesserung im Schichtdienst verkündet wurde, und Anfang 1979 der Postminister versprach, das Problem »positiv« zu lösen, traten BDA/BDI auf den Plan und warnten die Post vor Alleingängen in der Arbeitszeitfrage. Der Innenminister machte dem Postminister klar, daß eine Schichtdienstregelung für die Postler nur im Rahmen einer Regelung für den gesamten ÖD zustandekommen dürfe und demzufolge in ihrem Volumen den leeren öffentlichen Kassen angepaßt werden müsse.

Das Scheitern der bisherigen Gewerkschaftspolitik

Allein der geringe Umfang des durch den Streik Erreichten macht klar, daß der Verhandlungsspielraum der Gewerkschaften praktisch bei Null angelangt ist. Vor wenigen Jahren noch hätte es sich wohl keiner träumen lassen, daß um eine derartig geringfügige Verbesserung nur für einen Teil der Postler überhaupt gestreikt werden müsse. Derartige Dinge wurden früher auf der Ebene Hauptvorstandssekretär — Ministerialbürokratie — direkt ausgehandelt. Diesmal mußte die Gewerkschaftsführung nicht nur die ganze Skala der ihr zur Verfügung stehenden Drohgebärden einsetzen, sondern sogar zum Mittel des Streiks greifen, um die von ihr selbst erweckten Erwartungen bei den Kollegen nicht total zu enttäuschen. Und nicht einmal mit dem Streik ist ihr das vollständig gelungen, wie an dem Urabstimmungsergebnis leicht abzulesen ist.

Seit einigen Jahren wird von den Sozialdemokraten das Schlagwort von der »Humanisierung der Arbeitswelt« gebraucht, um von dem langsamen Abbau der Löhne abzulenken. Von den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften wird dieses Schlagwort umgesetzt in sog. »qualitative Forderungen«. Im Vorstand der Postgewerkschaft wurde wegen der günstigen ökonomischen Bedingungen geglaubt, mit der Durchsetzung derartigen »qualitativer« Forderungen bei der Post beginnen zu können. Von Gewerkschaftssekretären wurde auch vertreten, daß die DPG sich doch in der Rationalisierungsfrage »konstruktiv« verhalten habe und ihr Eintreten für die Monopolinteressen des Unternehmens auch seinen Lohn bekommen müsse.

Mit dem schnellen Abschluß des neuen Manteltarifvertrages durch ÖTV und DPG ist quasi offiziell das Scheitern dieser Politik erklärt worden. Wie weitgehend dieses Scheitern ist, wird dadurch verdeutlicht, daß es 1980 nicht einmal gelungen ist, den 1953 für eine Lohnerhöhung aufgegebenen Status der Schichtdienstler als Preis für weitgehenden Lohnverzicht wiederzuerlangen.

Warum wurde so schnell abgeschlossen?

Es ist besonders darauf hinzuweisen, daß die örtlichen Streikleitungen überwiegend mit streikunerfahrenen Kolleginnen und Kollegen besetzt waren, weil die Mehrheit der örtlichen Funktionäre Beamte sind und von der Gewerkschaftsführung aus dem Streik herausgehalten wurden, sich also auch nicht als Streikposten, Mitglied der Streikleitung usw. beteiligen durften. Deshalb lassen die z.T. etwas chaotischen Verhältnisse (kaum Streikversammlungen, zu wenig Streikposten etc.) keine Aussage über die tatsächliche Streikbereitschaft der Kollegen zu. Zweifel über die Kampfkraft sind angebracht, allerdings war der Streik schon zu Ende, bevor er sich richtig entwickeln konnte. Fakt ist, daß der Streik zwar »von oben« angeordnet wurde, dem Streikaufruf in den bestreikten Dienststellen unabhängig vom jeweiligen Organisationsgrad aber nahezu 100%ig gefolgt wurde. Die zweifelhafte Kampfkraft wird zwar von der Gewerkschaftsführung kritischen Kollegen gegenüber gerne als Grund für den hastigen Abschluß genannt, kann aber unseres Erachtens nicht ausschlaggebend gewesen sein. Übrig bleibt als Erklärung für den hastigen Abschluß nur, daß der Gewerkschaftsführung klar war, oder von den Genossen in Partei und Regierung klargemacht wurde, daß mehr auch bei länger

dauerndem Streik nicht zu holen wäre. Wahrscheinlich wurde von der SPD-Führung der Gewerkschaftsspitze klargemacht, daß der Streik vor der Regierungserklärung des Kanzlers zu beenden sei, was so auch geschah.

Zur Frage des Beamtenstreiks

Anders als in dem Streik 1974 wurden diesmal die Beamten von der Gewerkschaftsführung komplett herausgehalten. Wenn auch damals der Beamtenstreik nicht offiziell ausgerufen wurde, so wurden doch 1974 die Beamten bei der Urabstimmung zu einer Solidaritätsabstimmung aufgefordert, und die meist beamteten Gewerkschaftsfunktionäre (örtliche Vorstände, Vertrauensleute) bildeten die Streikleitungen, standen Streikposten usw. Wenn damals eine bestimmte Dienststelle bestreikt wurde, gingen die Beamten mit raus, ohne daß es Beanstandungen gab.

In der Zwischenzeit hat es aber für die Gewerkschaften in der Frage des Beamtenstreiks ein ähnliches Debakel wie in der Aussperrungsfrage gegeben. Das Anrufen von Gerichten hat anläßlich des Fluglotsenstreiks und anläßlich der Forderung der Lehrer um Verkürzung der Arbeitszeit ergeben, daß nach »höchstrichterlicher« Auffassung nicht nur der Beamtenstreik verboten, sondern sogar ein Dienst nach Vorschrift sittenwidrig sei.

Die Folge davon war für diese Auseinandersetzung, daß anläßlich der mehr oder weniger spontanen Arbeitsniederlegungen vor dem eigentlichen Streik der Bundesdisziplinaranwalt Claussen, bekannt als Verfolger kommunistischer Lokführer und Briefträger, zu ermitteln versuchte, ob und wenn ja welche Beamte sich an den Arbeitsniederlegungen beteiligt und welche Vorgesetzten dies etwa gebilligt hätten. Diese Ermittlungen wurden auf Protest der DPG allerdings (offiziell) eingestellt.

Auf dem Kongreß der DPG, der kurz vor dem Streik stattfand, wurde die Frage des Beamtenstreiks breit diskutiert. Von vielen Delegierten wurde auf die entsolidarisierende Wirkung eines Fernhaltens der betroffenen Beamten hingewiesen, wurde die Existenzberechtigung einer Gewerkschaft, deren weit überwiegender Teil der Mitgliedschaft keine Kampfmaßnahmen ergreifen könne, in Frage gestellt. Von einigen wurde auch gefragt, was das mit großem propagandistischen Aufwand verabschiedete Grundsatzprogramm überhaupt soll, wenn einer der wesentlichen Programmpunkte, nämlich das uneingeschränkte Streikrecht der Beamten, kampfflos preisgegeben würde.

Die Gewerkschaftsführung vertrat den Standpunkt, daß höchstrichterliche Entscheidungen, auch um Schaden von dem einzelnen Beamten abzuwenden, beachtet werden müssen. Ein Beamtenstreik käme bei der gegenwärtigen juristischen Situation nur dann in Betracht, wenn die Existenz der Gewerkschaft selbst in Gefahr wäre.

Damit hat die Postgewerkschaft, die neben der Eisenbahnergewerkschaft die einzige ist, die objektiv im Stande wäre, das Streikrecht für Beamte zu erkämpfen, auch diese Forderung beerdigt. Sie unterstützt damit sogar die gegenwärtige Politik der Post, immer mehr Arbeitsplätze von Angestellten und Arbeitern in Beamtenstellen umzuwandeln. Die Unternehmensleitung hat es dabei noch nicht einmal nötig, die wahren Absichten zu verschleiern. Sie selbst spricht in den den Personalvertretungen vorgelegten Papieren davon, weitere Bereiche, speziell im Fernmeldewesen, »streiksicher« zu machen.

Es mag richtig sein, daß diese Auseinandersetzungen um den Schichtdienst nicht von vornherein geeignet gewesen wäre, die Frage des Beamtenstreiks auszutragen, daß von einem Streik um mehr Lohn vielleicht alle gleichermaßen betroffen, also da die Beamten leichter zu mobilisieren sind. Trotzdem ist an dem Verhalten der Gewerkschaftsführung heute schon abzulesen, daß sie bereit ist, die »hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums« in der nun wieder geltenden Form wilhelminischer Rechtsauffassung auch weiterhin zu akzeptieren.

Die Gewerkschaftsführung hat der Unternehmensleitung vorgeworfen, daß von ihr Beamte als Streikbrecher eingesetzt würden. Damit hat sie diesen Kollegen förmlich ins Gesicht gespuckt, denn einerseits verhindert die Gewerkschaftsführung selbst **Ansätze** von Solidaritätsaktionen der Beamten, und beschimpft dann andererseits die gleichen Kollegen als Streikbrecher. So wird das von dem Unternehmen mit großer

